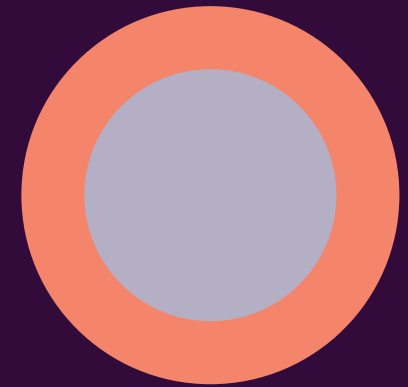


Stopp Gewalt!
Stop à la violence!
Stop alla violenza!
Stop dhunës!
Stop Violence!



Não à violência!
Stop nasilju!
¡Stop a la violencia!
வன்முறையை நிறுத்து!
Şiddeti Durdurun!

Häusliche Gewalt

Informationen
zu Wegweisung und Betretungsverbot
bei häuslicher Gewalt im Kanton Aargau

Diese Informationsbroschüre soll Personen, die mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind, über Rechte und Möglichkeiten im Zusammenhang mit der polizeilichen Wegweisung gewaltausübender Personen und dem Betretungsverbot orientieren. Sie enthält Antworten zu den häufigsten Fragen.

Impressum

Herausgabe:
Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt
Departement Volkswirtschaft und Inneres
Frey-Herosé-Strasse 12, 5001 Aarau
Tel. 062 835 14 19
E-Mail: interventionsprojekt@ag.ch
Internet: www.ag.ch/interventionsprojekt

Gestaltung: Rose Müller, Suhr
Druck: Druckerei Suhr AG

1. Auflage 2007



KANTON AARGAU

Departement
Volkswirtschaft und Inneres

Gesetzesänderung zur häuslichen Gewalt

Seit 1. Januar 2007 gelten im Kanton Aargau neue polizeiliche Gesetzesbestimmungen zur häuslichen Gewalt. Sie bieten mehr Schutz für Personen, die in ihrem persönlichen Umfeld von Ehe, Partnerschaft oder Familie von Gewalt betroffen sind.

Die wichtigsten Neuerungen sind:

Wegweisung und Betretungsverbot

Die Polizei kann eine Person, die Gewalt anwendet oder damit droht, aus der Wohnung oder dem Haus weisen und ihr die Rückkehr bis längstens 20 Tage verbieten.

Polizeigewahrsam

Zusätzlich zur Wegweisung kann die Polizei eine gewaltausübende Person zum Schutz der Gewaltbetroffenen für längstens 24 Stunden in Gewahrsam nehmen.

Diese Bestimmungen haben zum Ziel, weitere Gewalt zu verhindern und für die Betroffenen Zeit für Entscheidungen und Massnahmen zu schaffen.

Rechtfertigungsversuche der Gewaltausübenden wie Verharmlosung, Geldprobleme, Alkohol, Stress oder Provokationen werden nicht akzeptiert. Die Verantwortung für die Gewalt liegt immer bei der Person, die sie ausübt.

<u>Zusammenfassung</u>	Deutsch	11
<u>Përmbledhje</u>	Albanisch	12
<u>Summary</u>	Englisch	13
<u>Résumé</u>	Französisch	14
<u>Riepilogo</u>	Italienisch	15
<u>Rezime</u>	Kroatisch	16
<u>Resumo</u>	Portugiesisch	17
<u>Resumen</u>	Spanisch	18
<u>தொகுப்புரை</u>	Tamilisch	19
<u>Özet</u>	Türkisch	20

Antworten auf die häufigsten Fragen

Die folgenden Fragen und Antworten beziehen sich auf die Themenbereiche:

- A. Wegweisung und Betretungsverbot (§ 34 Polizeigesetz)
- B. Polizeigewahrsam (§ 31 Polizeigesetz)
- C. Verlängerung des Schutzes durch zivilrechtliche Massnahmen

A. Wegweisung und Betretungsverbot

1. Wen schützt das Gesetz und wo gilt es?

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen schützen Personen, die häusliche Gewalt erfahren, unabhängig davon, ob die Gewalt vom Ehe- oder Lebenspartner, von der Ehe- oder Lebenspartnerin, von Eltern, Verwandten oder Mitbewohnern ausgeht. Bedingung ist, dass sich die von der gewaltbetroffenen Person bewohnten Räumlichkeiten im Kanton Aargau befinden. Viele umliegende Kantone haben jedoch vergleichbare gesetzliche Bestimmungen.

2. Wer kann weggewiesen werden?

Die Polizei kann Personen, die häusliche Gewalt ausüben, aus deren Wohnung oder Haus weisen und ihnen die Rückkehr während längstens 20 Tagen verbieten. Sie kann auch Personen wegweisen, die nicht in der Wohnung der gewaltbetroffenen Person wohnhaft sind, sich aber regelmässig dort aufhalten.

3. Ist die Wegweisung vom Willen des Opfers abhängig?

Nein. Liegt eine ernsthafte Gefährdung vor und wünscht das Opfer – aus Angst oder wegen versteckter Drohungen – keine Wegweisung, kann die Polizei trotzdem eine Wegweisung anordnen. Damit soll das Opfer entlastet werden.

4. Spielen die Eigentums- oder Mietverhältnisse eine Rolle?

Nein, sie spielen keine Rolle. Die Polizei kann jede Person, von der eine Gefahr ausgeht, zum Schutz des Opfers wegweisen. Das gilt auch dann, wenn die gewaltausübende Person Eigentümerin oder alleinige Mieterin der Räumlichkeiten ist.

5. Was geschieht mit den Wohnungs- bzw. Hausschlüsseln?

Die Polizei nimmt der gewaltausübenden Person bei der Wegweisung die Wohnungs- bzw. Hausschlüssel ab.

6. Muss die weggewiesene Person während des Betretungsverbots erreichbar sein?

Ja. Die weggewiesene Person wird von der Polizei aufgefordert, ihr eine Adresse und eine Telefonnummer anzugeben, unter der sie während des Betretungsverbots erreicht werden kann.

7. Was darf die weggewiesene Person mitnehmen?

Sie kann dringend benötigte Gegenstände des persönlichen Bedarfs mitnehmen (beispielsweise persönliche Dokumente, Ausweise, Kleidung, Medikamente, eigener Laptop usw.).

8. Für welche Bereiche gilt das Betretungsverbot?

Es gilt für die Wohnung oder das Haus und für die unmittelbare Umgebung. Dazu gehören zum Beispiel Treppenhaus, Gänge, Keller, Waschküche, Hof, Garage, Garten und Zugang oder Zufahrt zum Haus. Die Polizei muss den räumlichen Schutzbereich in der Wegweisungsverfügung klar bezeichnen. Diese wird der gewaltausübenden Person ausgehändigt. Die gewaltbetroffene Person erhält eine Kopie.

9. Was passiert, wenn die gewalttätige Person nicht freiwillig geht?

In diesem Fall kann die Polizei Zwang anwenden und die gewaltausübende Person mitnehmen. Bei weiterer Bedrohung kann sie die weggewiesene Person in Polizeigewahrsam nehmen oder die Strafuntersuchungsbehörde einschalten.

10. Kann die Wegweisung und das Betretungsverbot auch ausgesprochen werden, wenn die Polizei erst nachträglich über die Gewalt informiert wird?

Ja, wenn die gewaltbetroffene Person weitere Misshandlungen befürchten muss.

11. Wie lange gilt das Betretungsverbot?

Die Polizei legt fest, wie lange das Betretungsverbot dauert. Das Verbot gilt ab sofort und dauert längstens 20 Tage.

12. Kann gegen das Betretungsverbot Beschwerde erhoben werden?

Ja. Bei der in der Verfügung bezeichneten Behörde kann Beschwerde erhoben werden. Diese hat allerdings keine aufschiebende Wirkung und damit keine unmittelbare Auswirkung auf das Verbot: Die Verfügung gilt weiter, bis ein gegenteiliger Entscheid gefällt wird.

13. Wird die Einhaltung des Betretungsverbots kontrolliert?

Die Polizei kann das Betretungsverbot kontrollieren. Dies tut sie vor allem dann, wenn sie die Gefahr einer erneuten Gewalteskalation als hoch einstuft.

14. Was passiert, wenn die weggewiesene Person das Betretungsverbot missachtet?

In diesem Fall sollte das Opfer sofort die Polizei rufen. Die Polizei entfernt die weggewiesene Person – notfalls mit Zwang. Das Nichtbeachten der Verfügung stellt zudem eine strafbare Handlung dar (Ungehorsam gegen eine amtliche Verfügung) und wird mit Busse bestraft. Bei erneuter Gefährdung, zum Beispiel bei Drohung und wiederholter Missachtung, kann die Polizei die weggewiesene Person auch in Polizeigewahrsam nehmen oder bei der Strafverfolgungsbehörde eine Inhaftierung beantragen.

15. Kann die weggewiesene Person zurückkommen, wenn sie sich wieder beruhigt hat?

Nein. Solange das Betretungsverbot angeordnet ist, darf die gewaltausübende Person nicht zurückkommen. Auch wenn das Opfer mit einer Rückkehr vor Ablauf des Verbots einverstanden ist, macht sich die weggewiesene Person bei der Betretung der in der Verfügung bezeichneten Örtlichkeit strafbar. Muss die gewaltausübende Person dringend benötigte Gegenstände in der Wohnung oder im Haus abholen, darf dies nur in Begleitung der Polizei geschehen.

16. Verlieren gewaltbetroffene ausländische Staatsangehörige ihre Aufenthaltsbewilligung, wenn ihr Partner oder Ehemann von der Polizei weggewiesen wurde?

Nein. Die Wegweisung ist lediglich ein Instrument zur kurzfristigen Gefahrenabwehr. Wenn die Aufenthaltsbewilligung der gewaltbetroffenen Person an den Verbleib beim Ehepartner oder der Ehepartnerin gebunden ist, lohnt sich mittelfristig eine Abklärung der Situation bei der Beratungsstelle des Migrationsamtes. Wird eine Trennung oder Scheidung beabsichtigt, empfiehlt sich aufgrund der teilweise komplexen Situation des Aufenthaltsrechts eine rechtliche Beratung.

17. Wo können sich gewaltbetroffene Personen beraten lassen?

Falls die von Gewalt betroffene Person einverstanden ist, leitet die Polizei im Anschluss an die Wegweisung ihre Personalien an die Opferhilfe des Kantons Aargau weiter. Diese nimmt dann Kontakt auf und informiert, unterstützt und berät die gewaltbetroffene Person in persönlichen und rechtlichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Gewalterfahrung und dem Schutz vor weiterer Gewalt ergeben. Die Beratung ist unentgeltlich und untersteht der Schweigepflicht. Die Opferhilfe sowie weitere Beratungsstellen können auch ohne vorgängige Intervention der Polizei aufgesucht werden. Eine Liste mit Adressen der wichtigsten Hilfsangebote befindet sich auf der abtrennbaren Umschlagklappe am Ende der Broschüre.

18. Wo erhalten gewaltausübende Personen Unterstützung?

Gewaltausübenden Personen wird empfohlen, während des Betretungsverbots eine Fachperson (z.B. Hausarzt) oder eine Beratungsstelle aufzusuchen. Hilfreich ist auch, mit einem Freund oder einer Freundin zu sprechen. Gewalt ist keine Lösung.

19. Was können Sie tun, wenn Sie in der Nachbarschaft Gewalt wahrnehmen?

Melden Sie es der Polizei, wenn Sie Gewalt wahrnehmen. Sich direkt einmischen kann gefährlich sein.

B. Polizeigewahrsam

20. Kann die Polizei eine gewaltausübende Person auch in Gewahrsam nehmen?

Ja, wenn sie zum Beispiel unter offenkundigem Alkohohl- oder Drogeneinfluss steht oder erkennen lässt, dass sie dem Betretungsverbot keine Folge leisten wird.

21. Wie lange kann die Polizei eine Person in Gewahrsam nehmen?

Der Gewahrsam darf nicht länger als 24 Stunden dauern. Bei weiterer Gefährdung anderer Personen kann der Gewahrsam durch das Bezirksamt in Untersuchungshaft umgewandelt werden.

22. Können polizeilicher Gewahrsam und Wegweisung mit Betretungsverbot gleichzeitig verhängt werden?

Ja. Auch wenn die gewaltausübende Person in polizeilichen Gewahrsam genommen wird, kann eine Wegweisung mit Betretungsverbot ausgesprochen werden. Gerade in diesen Fällen ist ein polizeiliches Verbot besonders wichtig, da eine Rückkehr in die gemeinsame Wohnung erneut zu einer Eskalation führen kann. Die gewaltbetroffene Person soll – unbehelligt von weiteren Angriffen – entscheiden können, ob sie allenfalls beim Bezirksgericht um Anordnung von Schutzmassnahmen ersuchen will.

C. Verlängerung des Schutzes durch zivilrechtliche Massnahmen

Möchte die gewaltbetroffene Person Schutz, der länger als das Betretungsverbot dauert, muss sie beim zuständigen Bezirksgericht umgehend ein Gesuch um Anordnung von Schutzmassnahmen einreichen. Dieses Gesuch kann jederzeit auch ohne vorgängige Intervention der Polizei erfolgen. Welche Schutzmassnahmen beantragt werden, hängt davon ab, ob die gewaltbetroffene Person verheiratet ist oder nicht.

23. Wie beantragen Sie zivilrechtliche Schutzmassnahmen, wenn Sie mit der weggewiesenen Person verheiratet sind?

In diesem Fall müssen Sie möglichst rasch beim zuständigen Bezirksgericht ein Gesuch um Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes stellen (Zivilgesetzbuch Art. 175 ff.). Auch wenn bereits ein Ehescheidungsverfahren beim Gericht hängig ist, können Sie Schutzmassnahmen beantragen. Es ist wichtig, dass Sie sich vorher beraten lassen, damit Sie die richtigen Anträge stellen und die nötigen Unterlagen und Beweismittel beilegen. Die Beratungsstellen sowie allenfalls ein Anwalt oder eine Anwältin unterstützen Sie bei der Antragstellung.

24. Wie beantragen Sie zivilrechtliche Schutzmassnahmen, wenn Sie mit der weggewiesenen Person nicht verheiratet sind?

Nichtverheiratete Personen können den zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz nach Art. 28 ff. des Zivilgesetzbuches in Anspruch nehmen. Stellen Sie möglichst rasch beim Bezirksgericht ein Gesuch um vorsorgliche Massnahmen. Auch hier ist es wichtig, dass Sie sich vorher rechtlich beraten lassen. Für den Schutz von Kindern ist nicht das Bezirksgericht, sondern die Vormundschaftsbehörde zuständig.

25. Wie kann häusliche Gewalt vor Bezirksgericht nachgewiesen werden?

Häusliche Gewalt muss glaubhaft gemacht werden. Nützliche Unterlagen sind:

- Angaben über Polizeieinsätze sowie Wegweisungsverfügungen
- ärztliche Atteste und Fotos von Verletzungen
- Aussagen von Medizinalpersonen, die die Personen bereits behandelt haben und durch diese vom Arztgeheimnis entbunden worden sind

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

- allfällige Zeugen oder Zeuginnen aus der Nachbarschaft, Arbeitskollegen und -kolleginnen usw.
- Berichte oder Gutachten von Behörden (zum Beispiel Vormundschaftsbehörde, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst)
- Briefe, SMS, E-Mails, Aufzeichnungen auf dem Anrufbeantworter
- Kleidungsstücke
- Beratungskontakte oder schriftliche Auskünfte von Beratungsstellen und Frauenhäusern
- frühere Strafurteile und Verfügungen.

26. Wird die weggewiesene Person zu den Anträgen befragt?

Ja. Die weggewiesene Person hat das Recht angehört zu werden, eigene Anträge zu stellen und Beweismittel einzureichen. Das Gericht entscheidet in der Regel nach Anhören beider Parteien.

27. Was sind dringliche Anordnungen?

Bei zeitlicher Dringlichkeit kann das Gericht auch ohne Anhörung der Gegenpartei für die Dauer des Prozesses provisorische Anordnungen treffen. Es kann beispielsweise bestimmen, dass die Wohnung vorläufig weiterhin dem Opfer zugeteilt wird und ein Betretungsverbot gilt. Vor dem definitiven Entscheid wird der weggewiesenen Person aber in jedem Fall das rechtliche Gehör gewährt. Es empfiehlt sich, bezüglich der Wohnungszuteilung und des Betretungsverbots eine dringliche (superprovisorische) Verfügung zu beantragen.

28. Wird das Opfer im zivilen Gerichtsverfahren mit der gewaltausübenden Person konfrontiert?

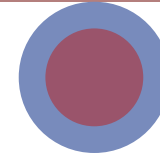
Das Gericht lädt beide Parteien zu einer mündlichen Verhandlung vor. Ist das Opfer aus psychischen Gründen oder wegen der Gefährdung nicht in der Lage, dem Partner oder der Partnerin zu begegnen, empfiehlt sich ein Antrag beim Gericht auf getrennte Befragung und auf Vermeidung einer direkten Konfrontation. Überdies kann Polizeischutz für die Verhandlung verlangt werden. Den entsprechenden Anträgen wird je nach Gefährdungssituation stattgegeben. Die Beratungsstellen oder eine anwaltschaftliche Vertretung unterstützen Sie in diesen Fragen.

29. Wer bezahlt Gerichts- und allfällige Anwaltskosten?

Ist eine Person nicht zahlungsfähig, kann sie ein Gesuch um unentgeltliche Prozessführung eingeben. Die Zahlungsunfähigkeit ist mit Angaben über die finanziellen Verhältnisse zu belegen.

30. Was können Sie tun, wenn die weggewiesene Person die gerichtlich angeordneten Verbote missachtet?

Rufen Sie sofort die Polizei und weisen Sie ihr den richterlichen Entscheid vor. Die Polizei wird dafür sorgen, dass sich die fehlbare Person von der Wohnung oder dem Haus entfernt.



Stopp Gewalt!

Informationen zu Wegweisung und Betretungsverbot bei häuslicher Gewalt

Seit 1. Januar 2007 kann die Polizei des Kantons Aargau gewalttätige Personen aus der Wohnung oder dem Haus weisen und ihnen die Rückkehr für längstens 20 Tage verbieten. Damit soll weitere Gewalt im persönlichen Umfeld von Familie, Ehe und Partnerschaft verhindert werden.

Während der Dauer des Betretungsverbots darf die weggewiesene Person die Wohnung oder das Haus sowie die unmittelbare Umgebung nicht betreten – auch nicht, wenn die gewaltbetroffene Person mit einer Rückkehr einverstanden ist. Missachtet die weggewiesene Person das Betretungsverbot, wird sie mit Busse bestraft.

Für gewaltbetroffene Personen:

Falls Sie einverstanden sind, leitet die Polizei Ihre Personalien an die Opferhilfe Aargau weiter. Diese Beratungsstelle nimmt dann Kontakt mit Ihnen auf und hilft Ihnen beim weiteren Vorgehen.

Sie können auch von sich aus die Opferhilfe kontaktieren (Tel. 062 837 50 60). Die Beratung ist unentgeltlich. Die Opferhilfe informiert Sie ferner, wenn Sie beim Bezirksgericht Schutz beantragen wollen, der länger als das Betretungsverbot dauert. Der Antrag sollte vor Ablauf des Verbots gestellt werden.

Hält sich die weggewiesene Person nicht an das Betretungsverbot, sollten Sie sofort die Polizei rufen (Tel. 117). Fühlen Sie sich zu Hause nicht sicher, so finden Sie eventuell bei Verwandten oder Bekannten oder im Frauenhaus Schutz (Tel. 062 823 86 00).

Für weggewiesene Personen:

Gewaltausübenden Personen wird empfohlen, während der Dauer der Wegweisung eine Fachperson (z.B. Hausarzt) oder eine Beratungsstelle aufzusuchen. Sprechen Sie auch mit einem Freund oder einer Freundin. Gewalt ist keine Lösung. Holen Sie Hilfe, bevor es zu spät ist.

Adressen:

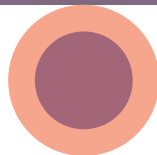
Die Adressen der wichtigsten Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt finden Sie auf der abtrennbaren Umschlagklappe am Ende der Broschüre.

Achten Sie auf Ihre Sicherheit

Die neuen Gesetzesbestimmungen zur Wegweisung bieten mehr Schutz für die Betroffenen und ausserdem die Möglichkeit, in der gewohnten Umgebung zu bleiben. Sie bieten jedoch keinen absoluten Schutz vor weiterer Gewalt. In gefährlichen Situationen kann es wichtig sein, dass die gefährdete Person und ihre Kinder trotzdem die Wohnung oder das Haus verlassen und eine sichere Unterkunft aufsuchen, zumindest bis die gefährlichste Zeit vorbei ist. In Zeiten von Trennung oder Scheidung steigen Gewalttaten an. Weitere Faktoren erhöhen die Gefahr zusätzlich: Waffenbesitz, Alkohol- und Drogenkonsum, Suizid- und Morddrohungen oder auch krankhafte Eifersucht und Besitzdenken.

Die Befreiung aus einer Gewaltbeziehung ist schwierig und gelingt kaum ohne Hilfe. Es ist notwendig, möglichst frühzeitig Unterstützung zu beanspruchen. So kann es gelingen, dass sowohl gewaltausübende wie auch gefährdete Personen in Zukunft ein gewaltfreies Leben führen können.

**In einer akuten Gefahrensituation:
Polizei-Notruf 117**



Stop dhunës!

Informatë në rast dëbimi nga shtëpia dhe ndalim-kthimi në të për shkak të dhunës shtëpiake

Që nga 1 janari 2007 policia e kantonit të Aargaus mundet që përsoneat e dhunshëm t'i dëboj nga shtëpia dhe të ndaloj kthimin e tyre në shtëpi për më së shumti 20 ditë. Me këtë parashihet të pengohet dhuna e mëtutjeshme në mesin familjar, bashkëshortësi dhe partneritet.

Gjatë kohëzgjatjes së ndalim-kthimit, personi i dëbuar nuk guxon të kthehet në banesë apo shtëpi por edhe në rethinën ku ka jetuar, edhe nëse personi që i është shkaktuar dhuna pajtohet me kthimin e tij. Nëse personi i dëbuar nuk e rrespekton ndalim-kthimin në shtëpi, ai do të ndëshkohet me dënim.

Për përsoneat që u është shkaktuar dhunë:

Nëse ju jeni të pajtimit, policia do të dërgoj të dhënat e juaja përsonale në zyrën Ndihmë Viktimës të kantonit të Aargaus (Opferhilfe Aargau). Kjo këshillimore kontakton me ju dhe ju ndihmon në ecuritë e mëtutjeshme. Ju mundeni edhe vetë të kontaktoni këtë zyrë (Opferhilfe Aargau: tel. 062 837 50 60). Këshillimi është falas. Zyra për ndihmën e viktimës ju informon gjithashtu nëse ju në Gjyqin e Qarkut (Bezirksgericht) kërkon mbrojtje, që gjatë më shumë se sa ndëshkimi. Kërkesa duhet të parashtrohet para se të kaloj afati i ndalim-kthimit.

Nëse personi i dëbuar nuk i përmbahet ndalim-kthimit në shtëpi, ju duhet menjëherë të thirrni policinë (tel. 117).

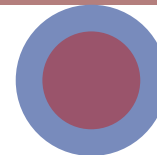
Nëse në shtëpi nuk ndiheni të sigurtë, atëherë eventualisht do të gjeni tek të afërmit, miqtë apo në Shtëpinë e Grave (Frauenhaus Aargau: tel. 062 823 86 00) mbrojtje dhe strehim.

Për përsoneat e dëbuar:

Përsoneat që ushtrojnë dhunë, ju preferohet që gjatë gjatjes së dëbimit të kërkojnë kontakt me ndonjë përsone profesional (psh. mjekun e shtëpisë) ose ndonjë këshillimore. Bisedoni gjithashtu me ndonjë shok apo shoqe. Dhuna nuk është zgjidhje. Kërkoni ndihmë para se të jetë vonë.

Adresat:

Adresat e ofertave më të rëndësishme për ndihmë në rast të dhunës në familje, mund t'i gjeni në kapërtinën e ndarë në fund të broshurës.



Stop Violence!

Information about orders to vacate the home and restraining orders related to domestic violence

Since 1 January 2007, the police of the Canton of Aargau can order violent people to vacate an apartment or house and prohibit them from returning for up to 20 days. This is to prevent further violence from occurring within the personal environment of the family or within a marriage or a partnership.

During the period of the restraining order, the perpetrator is not allowed to enter the apartment or house or remain in the near vicinity – not even if the victim is agreeable to their return. If the perpetrator disobeys the restraining order, they will be fined.

For the victims:

If you give your consent, the police will forward your personal details to the Canton of Aargau's Victim Support Office (Opferhilfe Aargau). This advisory centre will then contact you and help you with the further proceedings. You may also decide to contact the Victim Support Office yourself (tel: 062 837 50 60). The consultation is free of charge. The Victim Support Office will also advise you if you would like to apply for further protection via the District Court (Bezirksgericht) that would last longer than the restraining order. The application should be submitted before the restraining order expires.

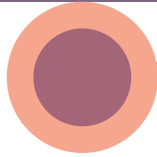
If the perpetrator does not adhere to the restraining order, you should call the police immediately (tel: 117). If you do not feel safe at home, it might be possible to find protection with relatives or acquaintances or in the Women's Refuge Centre (Frauenhaus Aargau, tel: 062 823 86 00).

For the perpetrators:

It is recommended that persons who resort to violence should seek help by contacting a specialist (e.g. the family doctor) or an advisory centre during the period of the restraining order. You could also speak to a friend. Violence is not a solution. Get help for yourself, before it is too late.

Addresses:

The addresses of the most important advisory services for domestic violence are on the detachable flap at the end of the brochure.



Stop à la violence !

Information concernant l'expulsion et l'interdiction de réintégrer le domicile en cas de violence domestique

Depuis le 1er janvier 2007, la police du canton d'Aargau peut expulser les personnes violentes de l'appartement ou de la maison et leur interdire le retour pour une durée de 20 jours au plus. Ceci afin d'éviter toute violence ultérieure perpétrée dans l'environnement personnel de la famille, du mariage et de l'association.

Pendant la durée de l'interdiction, la personne expulsée ne doit pas retourner dans l'appartement ni dans la maison ni dans les environs immédiats – même si la personne victime de violence est d'accord sur le retour. Si la personne expulsée ne respecte pas l'interdiction de réintégrer le domicile, elle est punie d'une amende.

Pour les personnes victimes de violence:

Si vous êtes d'accord, la police transmet vos coordonnées au Service d'aide aux victimes du canton d'Aargau (Opferhilfe Aargau). Ce service de consultation prendra alors contact avec vous et vous aidera à faire les démarches nécessaires. Vous pouvez aussi contacter vous-même le Service d'aide aux victimes (Tél. 062 837 50 60). La consultation est gratuite. Le Service d'aide aux victimes vous informera également dans le cas où vous souhaitez présenter une demande d'ordonnance de protection auprès du tribunal de district (Bezirksgericht), qui dure plus longtemps que l'interdiction de réintégrer le domicile. La demande doit être présentée avant l'expiration de la dite interdiction.

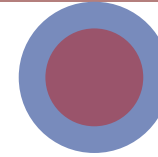
Si la personne expulsée ne respecte pas l'interdiction de réintégrer le domicile, vous devez immédiatement appeler la police (Tél. 117). Si vous ne vous sentez pas en sécurité à votre domicile, trouvez éventuellement refuge auprès de parents ou d'amis ou bien dans une maison d'accueil pour femmes (Frauenhaus Aargau, Tél. 062 823 86 00).

Pour les personnes expulsées:

Il est recommandé aux personnes violentes, pendant la durée de l'expulsion, de consulter une personne qualifiée (par exemple un médecin de famille) ou de prendre contact avec un service de consultation. Parlez également avec un ami ou une amie. La violence n'est pas une solution. Demandez de l'aide, avant qu'il ne soit trop tard.

Adresses:

Vous trouverez les adresses des offres d'aide les plus importantes en cas de violence domestique sur le rabat détachable de l'enveloppe, à la fin de la brochure.



Stop alla violenza!

Informazioni sull'allontanamento e sul divieto d'accesso in caso di violenza domestica

Dal primo gennaio 2007 in caso di violenza domestica la polizia del canton Argovia è autorizzata ad allontanare le persone violente dall'appartamento o dalla casa e a proibirne loro l'accesso fino ad un massimo di 20 giorni. Questo dovrebbe impedire ulteriori violenze nella sfera della famiglia, del matrimonio e della coppia.

Durante il divieto d'accesso la persona allontanata non può accedere all'appartamento o alla casa, né aggirarsi nelle loro immediate vicinanze, nemmeno se la persona che ha subito la violenza acconsente al ritorno. In caso di mancata osservanza del divieto d'accesso la persona allontanata sarà punita.

Per le persone che hanno subito violenza:

Con il Suo consenso, la polizia invia le Sue generalità al servizio d'aiuto alle vittime del canton Argovia (Opferhilfe Aargau), che in seguito La contatterà per aiutarla a decidere come procedere. Lei ha anche la possibilità di contattare di Sua iniziativa il servizio d'aiuto alle vittime (tel. 062 837 50 60). La consulenza è gratuita. Inoltre detto servizio La informa su come richiedere al tribunale distrettuale (Bezirksgericht) misure di tutela che vadano oltre il divieto d'accesso. La domanda deve essere inoltrata prima della scadenza di quest'ultimo.

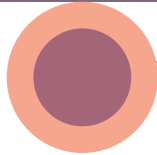
Se la persona allontanata non rispetta il divieto d'accesso, chiami immediatamente la polizia (tel. 117). Se non si sente al sicuro nella Sua abitazione cerchi protezione presso parenti o amici, oppure presso la casa delle donne (Frauenhaus Aargau, tel. 062 823 86 00).

Per le persone allontanate:

Durante il periodo di allontanamento si consiglia alle persone violente di rivolgersi a uno specialista (per esempio il medico di famiglia) o a un ufficio di consulenza. Confidatevi con un buon amico. La violenza non è una soluzione: è meglio cercare aiuto prima che sia troppo tardi.

Indirizzi:

Gli indirizzi più importanti per proposte d'aiuto in caso di violenza domestica sono riportati sull'ultima pagina, staccabile, di questo prospetto.



Stop nasilju!

Informacija u slučaju izгона i zabrane pristupa kod kućnog nasilja

Od 1. siječnja/januara 2007 može policija Kantona Aargau nasilne osobe protjerati iz stana ili kuće i zabraniti im povratak za najduže 20 dana. Time se želi spriječiti daljne nasilje u osobnom okruženju obitelji, braka ili partnerstva.

Za vrijeme trajanja zabrane pristupa protjerana osoba ne smije ulaziti u stan ili kuću kao i nalaziti se u neposrednom okruženju makar bi osoba pogodjena nasiljem bila sporazumna s povratkom. Bude li pak protjerana osoba zlopotrebjavala zabranu bit će kažnjena.

Za osobe pogodjene nasiljem:

Uz vašu suglasnost policija će prosljediti vaše osobne podatke u savjetovalište za žrtve nasilja Kantona Aargau (Opferhilfe Aargau). Ovo savjetovalište će stupiti s vama u kontakt i pomoći vam u daljnim postupcima. Vi možete i sami stupiti u kontakt sa savjetovalistom za žrtve nasilja (Tel. 062 837 50 60). Savjetovanje je besplatno. Savjetovalište za žrtve nasilja dat će vam potrebne informacije ako želite podnijeti zahtjev kod Okružnog suda (Bezirksgericht) za zaštitu, ako vam je potrebna i duže od zabrane pristupa. Zahtjev se mora podnijeti prije isteka zabrane.

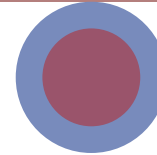
Ako se protjerana osoba ne pridržava zabrane pristupa, potrebno je odmah nazvati policiju (Tel. 117). Ako se kod kuće ne osjećate sigurni, zaštitu možete potražiti kod rodbine, poznanika ili pak u domu za žene (Frauenhaus Aargau, Tel. 062 823 86 00).

Za protjerane osobe:

Protjeranim osobama se preporuča za vrijeme trajanja izгона potražiti stručnu osobu (kućnog liječnika) ili neko savjetovalište. Razgovarajte sa nekim prijateljem ili prijateljicom. Nasilje nije riješenje. Potražite pomoć prije nego što bude kasno.

Adrese:

Adrese važnijih ponuda za pomoć kod kućnog nasilja možete naći na kraju brošure u ovitku koji možete otkinuti.



Não à violência!

Informação sobre a expulsão e a proibição de livre acesso em caso de violência doméstica

A partir de 1 de Janeiro de 2007, a polícia do cantão de Aargau, pode expulsar uma pessoa violenta do apartamento ou da casa em que vive e ordenar uma proibição de entrada nesse mesmo local de até 20 dias. Através desta medida de segurança pretende-se evitar mais violência na esfera pessoal, do matrimónio e da família.

Durante o tempo de proibição de livre acesso, o agressor não pode entrar no apartamento, ou na casa, nem permanecer nas imediações da habitação, mesmo que a pessoa molestada esteja de acordo com o seu retorno. Se o agressor não observar a proibição, será multado.

Para as vítimas de violência:

A polícia envia, com o seu consentimento, os seus dados pessoais para o Serviço de apoio à vítima do cantão de Aargau (Opferhilfe Aargau). Este mesmo serviço de aconselhamento entrará em contacto consigo e irá ajudá-lo nos procedimentos seguintes. Por sua vez, pode igualmente contactar o Serviço de apoio à vítima (Tel. 062 837 50 60). A informação é gratuita. O Serviço de apoio à vítima informá-lo-á a partir de quando é que pode pedir o prolongamento do afastamento, ao Tribunal da Comarca (Bezirksgericht). A procuração deve ser feita antes de terminar a proibição de acesso.

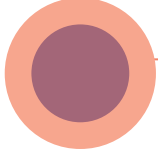
Se o agressor não cumprir a proibição de acesso, aconselhamo-lo a telefonar de imediato à polícia (Tel. 117). Se não se sente em segurança, pode encontrar protecção em casa de família, de amigos ou na Casa das Mulheres (Frauenhaus Aargau, Tel. 062 823 86 00).

Para os agressores:

Sugerimos que contactem uma pessoa especializada (por exemplo o médico de família) ou um serviço de aconselhamento. Converse também com um amigo ou com uma amiga. A violência não é uma solução. Procure ajuda antes que seja tarde demais.

Endereços:

Os endereços de maior utilidade para casos de violência doméstica encontram-se na capa amovível pelo picotado, no verso da brochura.



¡Stop a la violencia!

Información sobre la orden de expulsión y de alejamiento en caso de violencia doméstica

A partir del 1 de enero de 2007 la policía del cantón de Argovia puede expulsar a las personas violentas de su piso o casa y conceder una orden de alejamiento por un máximo de veinte días. Con esta medida se evitará que la violencia dentro de la familia, el matrimonio y la pareja continúe.

Durante el plazo de alejamiento la persona expulsada no podrá entrar en el piso o la casa ni aproximarse al entorno circundante, incluso si la persona afectada está de acuerdo con su regreso. Si la persona expulsada no cumple la orden de alejamiento, será penalizada.

Para las víctimas de la violencia:

Si usted está de acuerdo, la policía transmitirá sus datos personales a la Oficina de ayuda a las víctimas del cantón de Argovia (Opferhilfe Aargau). Esta oficina se pondrá en contacto con usted y le ayudará con los trámites necesarios. También puede dirigirse directamente a esta oficina (tel. 062 837 50 60). El asesoramiento es gratuito. La Oficina de ayuda a las víctimas le informará asimismo en caso de que quiera solicitar en el juzgado (Bezirksgericht) una orden de protección que se prolongue más allá de la orden de alejamiento. Dicha solicitud se deberá presentar antes de que finalice el plazo de la orden.

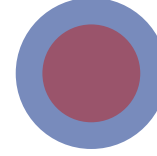
En caso de que la persona expulsada no cumpla con la orden de alejamiento, usted deberá llamar inmediatamente a la policía (tel. 117). Si no se siente segura en casa, recurra a familiares, conocidos o a las Casas de acogida de mujeres maltratadas (Frauenhaus Aargau, tel. 062 823 86 00).

Para personas expulsadas:

A las personas que ejercen la violencia se les recomienda que acudan durante la orden de alejamiento a especialistas (como, por ejemplo, el médico de cabecera) o a una oficina de asesoramiento. Hable también con un amigo o una amiga. La violencia nunca es una solución. Busque ayuda antes de que sea demasiado tarde.

Direcciones:

Las principales direcciones de ayuda en caso de violencia doméstica las encontrará en la solapa separable al final del folleto.



வன்முறையை நிறுத்து!

வீட்டில் இடம்பெறும் வன்முறையின்போது வெளியேற்றுவதும் பிரவேசத்தடையும் பற்றிய தகவல்கள்.

1.தை 2007 இருந்து Aargau மாநிலப் பொலிசாருக்கு வன்முறையைப் பிரயோகித்த நபர்களுக்கு வீட்டில் வெளியேற்ற உத்தரவும் அவர்களுக்கு வீட்டிற்கு 20 நாட்கள் வரை திரும்பிவராமல் இருக்க தடை விதிக்கலாம். அத்துடன் மீண்டும் தனிப்பட்ட குடும்ப சமூகச் சூழலிலும், திருமணவாழ்க்கைக்கும், இணைந்த இருவருக்கிடையிலான உறவுக்கும் வன்முறையை தவிர்க்கலாம்.

பிரவேசத்தடைகாலத்தில் வெளியேற்றப்பட்ட நபர் வீட்டிற்கும் அதேபோல் வீட்டுச் சுற்றுப்புறத்திற்கும் பிரவேசிக்க முடியாது. வீட்டிற்கு திரும்பி வருவதற்கு பாதிக்கப்பட்ட நபர் சம்மதித்தாலும் திரும்பி வரமுடியாது. வெளியேற்றப்பட்ட நபர் பிரவேசத்தடையை மீறினால் பணத்தண்டனை விதிக்கப்படும்.

பாதிக்கப்பட்ட நபருக்கு:

உங்கள் ஒப்புதலுடன் பொலிசார் தங்களது விபரங்களை Aargau மாவட்டத்திலுள்ள பாதிக்கப்பட்டோருக்கான உதவி நிலையத்திற்கு அனுப்பிவைப்பார். இந்த ஆலோசனை நிலையம் பின்பு தங்களுடன் தொடர்பை ஏற்படுத்தி மேற்கொண்டு நடைபெற வேண்டியவற்றுக்கு உதவி செய்யும். பாதிக்கப்பட்டோருக்கான உதவி நிலையத்திற்கு உங்களாலும் தொடர்பு கொள்ளமுடியும் (Opferhilfe Aargau, தொலைபேசி: 062 837 50 60). இந்த ஆலோசனை இலவசம். உங்களுக்கு பிரவேசத்தடை நீடிக்கவேண்டுமானால் மாவட்ட நீதிமன்றத்தில் பாதுகாப்பு கோரி விண்ணப்பிப்பதற்கு பாதிக்கப்பட்டோருக்கான உதவி நிலையத்தில் இருந்து தகவல் தரப்படும். இந்த விண்ணப்பம் தடைவிதித்த காலம் காலவதியாகமுன் விண்ணப்பிக்கவேண்டும்.

வெளியேற்றப்பட்ட நபர் பிரவேசத்தடையை மீறினால் நீங்கள் உடனடியாக பொலிசாருக்கு தொலைபேசி தகவல் தெரிவிக்கலாம் (தொலைபேசி: 117). பாதுகாப்பின்மையை உணர்வீர்களானால் உங்களுக்கு சாத்தியமென்றால், உறவினரிடமோ, நண்பர்களிடமோ அல்லது மாதரில்லத்திலோ பாதுகாப்பு தேடலாம் (Frauenhaus Aargau, 062 823 86 00).

வெளியேற்றப்பட்ட நபருக்கு:

வெளியேற்றப்பட்ட நபருக்கு நிபுணர்த்துவரிடம் (குடும்பவைத்தியர்) அல்லது ஒரு ஆலோசனை நிலையத்துடன் தொடர்பு எடுப்பதற்கு சிபார்சு செய்கிறோம். நீங்கள் ஒரு நண்பரிடமோ, நண்பியிடமோ கதைக்கவும். வன்முறை மூலம் தீர்வாகாது. பாதிப்பு வரமுன் தாமதிக்காமல் உதவி எடுக்கவும்.

முகவரிகள்:

வீட்டிலிடம்பெறும் வன்முறைக்கு உதவிசெய்யும் நிலையங்களின் முக்கிய முகவரிகள் கைஏட்டின் முடிவில் கிழித்தெடுக்கும் பகுதியில் இருக்கும்.

Şiddeti Durdurun!

Aile içi şiddet durumunda evden uzaklaştırma ve eve girme yasağı konusunda bilgiler

1. Ocak 2007 tarihinden itibaren Kanton Aargau Polisi şiddet uygulayan kişileri evden uzaklaştırabilir ve eve geri dönmelerini 20 güne kadar kesinlikle yasaklayabilir. Böylelikle aile içinde ve eşler arasında şiddetin devam etmemesi sağlanmış olur.

Polisin koyduğu eve dönme yasağı süresince, evden uzaklaştırılan şahıs; ailesinin, eşinin veya birlikte yaşadığı hayat arkadaşının yaşadığı daireye, binaya ve bina çevresine giremez, oralarda dolaşamaz. Şiddet uyguladığı şahıs kendisini affetse ve izin verse dahi eve geri dönemez. Yasağı çiğnemesi durumunda ise para cezası ile cezalandırılır.

Şiddete mağruz kalan kişi için:

Eğer isterseniz, Polis sizin şahsi bilgilerinizi Kanton Aargau'nun Mağdur Danışma Merkezi'ne (Opferhilfe Aargau) iletir. Bu Danışma Merkezi, daha sonra sizinle iletişim kurar ve bu durumdan sonra ne yapabileceğiniz konusunda sizi bilgilendirir. Siz, polisin aracılığı olmadan, kendi başınıza da bu Danışma Merkezini arayıp bilgi alabilirsiniz (Tel. 062 837 50 60). Bu danışma ücretsizdir. Eğer polisin koyduğundan daha uzun süre korunmak istiyorsanız, bulunduğunuz bölge mahkemesine yapabileceğiniz başvuru hakkında da; Mağdur Danışma Merkezi sizi yönlendirecek ve bilgilendirecektir. Mahkemeye yapılabilecek bu başvuru, henüz polisin koyduğu yasak bitmeden yapılmalıdır.

Evden uzaklaştırılan şahıs, kendisine konan yasağı çiğnerse; hemen polisi aramalısınız (Tel. 117). Kendinizi evinizde güvende hissetmiyorsanız; arkadaş, akraba ya da Kadın Sığınma Evine (Frauenhaus Aargau, Tel. 062 823 86 00) sığınıp kendinizi güvene alabilirsiniz.

Evden uzaklaştırılan kişi için:

Şiddet uygulayan kişilere de, evden uzaklaştırıldıkları süre içerisinde, kendilerine uygun bir merciyeye (örneğin ev doktoru) ya da bir Danışma Merkezine başvurmaları önemle tavsiye edilir. Yakın bir arkadaşınızla da bu konuyu konuşabilirsiniz. Şiddet bir çözümdür. Henüz geç olmadan yardım alın.

Adresler:

Aile içi şiddet durumlarında size yardım edebilecek kurumların adreslerini, broşürün sonundaki ayrılabilir zarf kapağında bulabilirsiniz.

Wichtige Adressen bei Gewalt in Ehe, Partnerschaft und Familie

Für Notfälle und Hilfe vor Ort:

Polizeinotruf [Tel. 117](tel:117)

Sie können auf jedem Polizeiposten eine Strafanzeige erstatten.

Wenn Ihnen seelische, körperliche oder sexuelle Gewalt zugefügt wurde, finden Sie hier Beratung, Begleitung und Unterstützung:

Opferhilfe Aargau [Tel. 062 837 50 60](tel:0628375060)
www.opferhilfe.ch
Bahnhofstrasse 57, 5001 Aarau

Hier erhalten Sie auch Informationen, wie Sie zivilrechtliche Schutzmassnahmen beantragen können.

Wenn Frauen sich und ihre Kinder in Sicherheit bringen müssen:

Frauenhaus Aargau [Tel. 062 823 86 00](tel:0628238600)
(rund um die Uhr)

Wenn Ihnen körperliche oder sexuelle Gewalt angetan wurde, sollten Sie sich ärztlich untersuchen und die Verletzungen dokumentieren lassen. Wenden Sie sich an:

Ihren Hausarzt oder Ihre Hausärztin [Tel.:](#)

Notfallarzt oder -ärztin [Tel.:](#)
(Tel.-Nr. ist der regionalen Presse zu entnehmen)

Notfallstation des nächstgelegenen Spitals [Tel.:](#)
(Tel.-Nr. ist dem Telefonverzeichnis zu entnehmen)

Für eine frauenärztliche Untersuchung können Sie nach einer Ärztin verlangen.

Wenn Sie in einer Krisensituation sind und eine anonyme Beratung per Telefon, E-Mail oder Einzelchat wünschen:

Die Dargebotene Hand [Tel. 143](tel:143)
(rund um die Uhr) www.143.ch

Wenn Kinder oder Jugendliche (mit) betroffen sind:

Vormundschaftsbehörden der Gemeinde [Tel.:](#)

Kinderschutzgruppe:
Kinderklinik, Kantonsspital Aarau [Tel. 062 838 56 16](tel:0628385616)
Kinderklinik, Kantonsspital Baden [Tel. 056 486 37 05](tel:0564863705)

Opferhilfe Aargau [Tel. 062 837 50 60](tel:0628375060)
Bahnhofstrasse 57, 5001 Aarau

Elternotruf [Tel. 062 835 45 50](tel:0628354550)
(rund um die Uhr)

Für Kinder und Jugendliche:

Telefonische Beratung [Tel. 147](tel:147)
(rund um die Uhr, Anruf ist gratis)

Online-Beratung www.tschau.ch

Wenn Sie zivilrechtliche Schutzmassnahmen beantragen wollen, damit sich der Schutz nach einem Betretungsverbot verlängert, wenden Sie sich an:

Soziale Dienste der Gemeinde [Tel.:](#)

Jugend-, Ehe- und Familienberatung resp. Frauenberatungsstelle Ihres Bezirkes [Tel.:](#)

Wenn Sie Migrantin oder Migrant sind und von häuslicher Gewalt betroffen sind, wenden Sie sich für aufenthaltsrechtliche Fragen an:

Beratungsstelle Migrationsamt Kt. Aargau
[Tel. 062 835 18 59](tel:0628351859)
[Tel. 062 835 18 52](tel:0628351852)

Wenn Sie gewalttätig sind oder Gewalt androhen: Sprechen Sie mit einem Freund oder einer Freundin. Wenden Sie sich an:

Ihren Hausarzt oder Ihre Hausärztin [Tel.:](#)

Hier finden Sie Informationen über das Beratungsangebot für gewaltausübende Männer:

www.maenner.org

Wenn Alkohol- oder Suchtprobleme im Vordergrund stehen, gibt Ihnen folgende Fachstelle Auskunft über das Beratungsangebot in Ihrer Nähe:

Kantonsärztlicher Dienst, Fachstelle Sucht [Tel. 062 835 29 55](tel:0628352955)
kantonsarzt@ag.ch